

Christlich-soziale Gewerkschafter im DGB

Von Rudolf Uertz

Zusammen mit der Entscheidung für die freiheitlich-demokratische Ordnung des Grundgesetzes und für die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Sozialordnung zählt die Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) am 13. Oktober 1949 in München als Einheitsgewerkschaft zu den wichtigsten Grundlagen der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und des Aufstiegs Deutschlands unter die führenden Wirtschaftsnationen. Als stabilisierender, befriedender und zugleich innovativer Effekt erwies sich der Zusammenschluss der vor 1933 bestehenden Richtungsgewerkschaften, d. h. des sozialdemokratischen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), des christlich orientierten Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der sozialliberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine zur Einheitsgewerkschaft DGB.¹ Auf der Grundlage des Industrieverbandsprinzips – „ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ – sollte die frühere Spaltung überwunden werden. Dennoch etablierten sich neben dem DGB als Dachverband von zunächst 16 (heute acht) Einzelgewerkschaften die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG), der zahlenmäßig schwache Deutsche Handels- und Industrieangestellten-Verband sowie der mitgliederstarke Deutsche Beamtenbund (DBB); später kam der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) hinzu.

Zweifellos stellt der DGB zusammen mit den Einzelgewerkschaften als mitgliederstarkes Organisationsgeflecht eine machtvolle Bewegung dar. Aber bezüglich der Interessenvertretung der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern und den parteipolitischen und staatlich-administrativen Lenkungs- und Entscheidungsträgern ergeben sich für die Gewerkschaftsbewegung eine Vielzahl von Problemen und Konfliktfeldern. Der relativen Einheitlichkeit und der arbeits- und gesellschaftspolitischen Kraft des DGB als Dachverband steht innergewerkschaftlich der Umstand entgegen, dass sich zwischen der sozialdemokratischen Mehrheit und dem Minderheitsflügel der Christdemokraten immer wieder Reibungsflächen ergeben.

1 „,Deutscher Gewerkschaftsbund‘, DGB, so hieß bis 1933 der Bund christlicher Gewerkschaften. Hans Böckler bewies historisches Bewußtsein, als er diesen Namen für die Einheitsgewerkschaften durchsetzte. Der Name DGB drückt den Respekt aus, den die sozialdemokratischen Gründer noch der großen Tradition der christlich-sozialen Bewegung entgegenbrachten. Dieser Name bezeugt noch heute den Willen der damaligen sozialdemokratischen Mehrheit zur Toleranz gegenüber der christlich-demokratischen Minderheit“, so Jürgen ARETZ, *DGB*, in: Themen. Beilage zur Sozialen Ordnung 44 (1985), S. XXXI.

Das Thema Christlich-Soziale² im DGB ist – ebenso wie die Geschichte der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) – noch nicht ausreichend erforscht. Es gibt drei einschlägige Arbeiten, die aus verschiedener Perspektive das Verhältnis von Christlich-Sozialen, DGB-Gewerkschaften und CDU behandeln, die im Wesentlichen nur die Entwicklung bis 1953, 1960 bzw. 1966 betreffen: Herlind Gundelach legt in ihrer Arbeit von 1983 das Schwergewicht auf das Verhältnis von Christlich-Sozialen zu DGB und CDU.³ Diese Studie wurde als Dissertationsdruck ebenso wenig im Buchhandel vertrieben wie die Untersuchung von Helene Thiesen aus dem Jahre 1988, die sich mit der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft im Hinblick auf die Gewerkschaftsfrage befasst. Sie sieht die christliche Gewerkschaftsarbeit teilweise zu stark unter dem Gesichtspunkt antireligiöser Ressentiments der Sozialdemokraten in Partei und Gewerkschaften.⁴

In den Jahren 1990 und 1992 legte Wolfgang Schroeder – zum Teil in kritischer Auseinandersetzung mit der genannten Untersuchung von Helene Thiesen – zwei umfangreiche Arbeiten zu unserem Thema vor.⁵ Er konnte in seinen Arbeiten Interviews verwerten, die er unter anderem mit so gewichtigen Persönlichkeiten wie den DGB-Gewerkschaftern Bernhard Tacke, Maria Weber,⁶ Adolf Müller und Rudi Nickels führte. Er interviewte ferner die Vertreter der Christlich-Sozialen Kollegenschaft⁷ im DGB, Franz Heckhausen und Hermann

2 Vgl. Annette KUHN, *Was heißt „christlich-sozial“? Zur Entstehungsgeschichte eines politischen Begriffs*, in: *Zeitschrift für Politik* 10 (1963), S. 102–122; als Christlich-Soziale bezeichnet man diejenigen Christen, Katholiken und Protestanten, in den konfessionellen und interkonfessionellen Arbeitervereinen, Gewerkschaften, Parteien und Verbänden, die ihre Wirtschafts-, Arbeits-, Gesellschafts- und Gewerkschaftsideen an den Prinzipien der katholischen Soziallehre bzw. an der evangelischen Sozialethik ausrichten. Vom *christlich-sozialen Gedankengut* und der christlich-sozialen Bewegung zu unterscheiden sind das *christlich-demokratische Gedankengut* und die christlich-demokratische Bewegung (in Deutschland institutionell die CDU und CSU), wobei der Begriff *christlich-demokratisch* – im engeren Sinne verstanden – mehr die politischen, rechtlichen, verfassungs- und kulturpolitischen Ideen beinhaltet; vgl. auch Hans MAIER, *Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der Christlichen Demokratie*, 6. Aufl., München 2006, S. 303ff.

3 Herlind GUNDELACH, *Die Sozialausschüsse zwischen CDU und DGB. Selbstverständnis und Rolle 1949–1966*, Diss. Bonn 1983.

4 Helene THIESEN, *Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft und Gewerkschaftsfrage 1945–1953*, Diss. Bonn 1988.

5 Wolfgang SCHROEDER, *Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945–1960. Katholische Arbeiterführer als Zeitzeugen in Interviews*, Köln 1990; DERS., *Katholizismus und Einheitsgewerkschaft. Der Streit um den DGB und der Niedergang des Sozialkatholizismus in der Bundesrepublik bis 1960*, Bonn 1992.

6 Vgl. Stefan REMEKE/Gerd MUHR/Maria WEBER, *Eine sozialpolitische Elite des DGB in den frühen Jahren der sozialliberalen Koalition (1969–1974)*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 35 (2006), S. 207–223.

7 Vgl. Günter BUCHSTAB, *Christlich-soziale Kollegenschaft im DGB*, in: Winfried BECKER u.a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002, S. 462f.

Pieperhoff, den Vorsitzenden der CDA, Hans Katzer; er sprach mit den katholischen Arbeitnehmervertretern Bernhard Winkelheide, Heiner Budde und Josef Hofmeister, ferner mit den bekannten Journalisten Walter Dirks und Alfred Horné sowie mit dem Sozialwissenschaftler Theo Pirker. Schließlich führte er auch ausführliche Gespräche mit den Jesuiten Oswald von Nell-Breuning, Hermann-Josef Wallraff und Franz Prinz, die als katholische Sozialethiker bis in die 1960er Jahre beträchtlichen Einfluss auf die Christlich-Sozialen im DGB ausübten.

Schon die genannten Interviewpartner und die herangezogenen Quellen deuten das Gewicht der Arbeiten von Schroeder an. Zweifellos hat er mit seinen beiden Publikationen das Thema CDA – DGB – Sozialkatholizismus zumindest für den Zeitraum 1945 bis 1960 am umfassendsten behandelt. Kritisch wird man gegenüber Schroeder anmerken müssen, dass er in seinen Untersuchungen zum Teil christlich-sozialethische und kirchliche Aspekte der christlich-sozialen DGB-Gewerkschafter so stark ins Zentrum gerückt hat, dass er folglich durch die theologisch-kirchlichen Umbrüche im Katholizismus und den katholischen Sozialverbänden seit Ende der 1950er Jahre zugleich auch die Rolle der christlich-sozialen Gewerkschafter in der CDA und im DGB geschwächt sieht.

Tatsächlich haben die CDA und die christlich-sozialen Gewerkschafter personell und ideell in beträchtlichem Maße von der enormen Zugkraft des christlich-sozialen und christlich-demokratischen Gedankenguts und selbstredend auch der spezifischen katholischen Arbeiter- und Sozialbewegung profitiert. Insbesondere die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) war eine bedeutende Stütze der sozialen und gewerkschaftlichen Arbeit der Christlich-Sozialen. Und doch sind die mehr innerkatholischen und -kirchlichen Entwicklungen seit Ende der 1950er Jahre nicht so ohne Weiteres auf die christlich-sozialen Gewerkschafter in der CDA und der CDU zu übertragen. Sie tätigten – wie im Übrigen schon die christlichen Gewerkschafter in der katholischen Zentrums- partei vor 1933 – ihre politisch-soziale und gewerkschaftliche Arbeit mit religiös-sittlichem Engagement und Eigenverantwortung, ohne sich dabei als Vollzugsorgane kirchenamtlicher Interessen zu verstehen, wie dies immer wieder von politischen und gewerkschaftlichen Kontrahenten unterstellt wurde.

Im Folgenden sollen die Grundlagen und Entwicklungslinien der Christlich-Sozialen Gewerkschafter im DGB und ihr Verhältnis zur Einheitsgewerkschaft für den Zeitraum von 1945 bis 1960 vorgestellt werden, wobei nur die wichtigsten Problemstellungen und Entwicklungsstufen behandelt werden.

Der Umstand, dass es sich bei der christlich-sozialen Bewegung um eine Synthese von Religion und Politik handelt, hat immer wieder zu Missverständnissen, Vorwürfen und Polemiken gegenüber den Christlich-Sozialen geführt. Sozialdemokratische Gewerkschafter und Politiker wie auch Historiker und Sozialwissenschaftler haben offen oder latent immer wieder ihr Unbehagen

geäußert über die ihrer Meinung nach unverständliche oder unangemessene Verknüpfung von Religion und Politik im Konzept christlich-sozialer Politik. Dies gilt vor allem für die Konsolidierungsphase der deutschen Gewerkschaften im Deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik, aber teilweise auch noch für die Zeit nach 1945. Viele Sozialdemokraten und freie Gewerkschafter sahen in der christlichen Orientierung und der kirchlich-verbandlichen Vernetzung der Christlich-Sozialen eine unangemessene und unverständliche Haltung: Christentum und Arbeiterschaft seien unvereinbare Widersprüche, die christlichen Gewerkschafter spalteten und schwächten die Einheit der Arbeiterschaft gegenüber Kapital, Unternehmertum und Gesellschaft.

Dass der wissenschaftliche Sozialismus bzw. der Marxismus als Inbegriff einer betont sozial orientierten Politik und Programmatik nicht minder als das Christentum und die christliche Sozialethik auf weltanschaulichen Prämissen und ethischen Vorzugsregeln aufbaut, wurde von der gewerkschaftlichen und politischen Agitation im Umkreis der Sozialdemokratie und der freien bzw. sozialistischen Gewerkschaften im Zeitraum etwa zwischen der Jahrhundertwende und Anfang der 1930er Jahre zumeist ignoriert. Es galt für sie das Diktum August Bebel's aus dem Gründungsprogramm der Sozialdemokraten von Gotha (1875): „Religion ist Privatsache“,⁸ ein Diktum, das zumeist laizistisch verstanden wurde.⁹

Die Christlich-Sozialen hatten sich andererseits auch kirchlicher Kritik und der Gegnerschaft konservativer katholischer Kreise, der sogenannten Integralisten, zu erwehren. Teile der katholischen Kirche fürchteten, dass die von der Arbeiter- und Sozialbewegung ausgehende Säkularisierung und Liberalisierung der Gesellschaft auch den binnenkirchlichen Raum erfassen würde. Die deutschen bzw. preußischen Bischöfe missbilligten deshalb in einem Pastoral Schreiben vom August 1900 die Mitgliedschaft von Katholiken in interkonfessionellen Christlichen Gewerkschaften. Dieses Verdikt, das den sogenannten *deutschen Gewerkschaftsstreit* (1900–1912 bzw. 1914) hervorrief, schwächte die Christlichen Gewerkschaften,¹⁰ nicht zuletzt auch im Konkurrenzkampf mit den freien Gewerkschaften.¹¹ Auf der anderen Seite hatte das katholische

8 Vgl. Sebastian PRÜFER, *Sozialismus statt Religion. Die die deutsche Sozialdemokratie vor der religiösen Frage 1863–1890*, Göttingen 2002.

9 Vgl. Günter BUCHSTAB/Rudolf UERTZ (Hg.), *Was eint Europa? Christentum und kulturelle Identität*, Freiburg i. Br. 2008.

10 Die Christlichen Gewerkschaften widerstanden entschieden den bischöflichen Forderungen; vgl. Franz Josef STEGMANN/Peter LANGHORST, *Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus*, in: Helga GREBING (Hg.), *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland*, Essen 2000, S. 597–862, hier S. 694ff.

11 Der deutsche Gewerkschaftsstreit wurde durch die Enzyklika *Singulari quadam* Papst Pius X. 1912 gemildert, die die Mitgliedschaft von Katholiken in interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften unter bestimmten Bedingungen „duldet“, doch wurde er erst durch die Enzyklika *Quadragesimo anno* Papst Pius XI. 1931 zugunsten der christli-

Lehramt mit der Enzyklika *Rerum novarum: Über die Arbeiterfrage* von Papst Leo XIII. (1891) ein wegweisendes Dokument erlassen, das für den Aufbau und die Entwicklung des sozialen Katholizismus von größter Bedeutung war. Im Zentrum des Dokuments steht der Grundsatz, dass Arbeit und Kapital wechselseitig aufeinander angewiesen seien.¹² In der Konsequenz bedeutet dies, dass der politische und soziale Katholizismus die marktwirtschaftliche Ordnung grundsätzlich anerkennen, diese jedoch durch eine angemessene Arbeits- und Sozialpolitik flankieren möchte, ein Konzept, das in der Enzyklika *Quadragesimo anno: Über die gesellschaftliche Ordnung* Pius XI. (1931) weiter entfaltet wurde. In der Enzyklika von 1931 erfährt der Sozialismus kommunistischer Prägung eine entschiedene Absage, da dessen klassenkämpferische Haltung mit dem christlichen Weltbild unvereinbar sei.¹³

Angesichts der außerordentlichen Bedingungen nach der Kapitulation 1945 vertrauten die Christlich-Sozialen auf ein auskömmliches Verhältnis mit den Sozialdemokraten. Man hielt die Zeiten des antikirchlichen und antichristlichen Freidenkertums, das im 19. Jahrhundert viele katholische Arbeiter von der SPD abgestoßen hatte und das man als wichtigsten Grund für eine eigenständige christlich-soziale Bewegung vor 1933 ansehen kann, für weitgehend überlebt. Was zu einem Gesinnungswandel sozialistischer Gewerkschaftskollegen gegenüber dem religiösen Denken und christlichen Wertbegründungen sicherlich beigetragen hat, waren die Erfahrungen des Nationalsozialismus, unter dem in Konzentrationslagern und Zuchthäusern christliche und sozialdemokratische Gewerkschafter zusammen mit anderen ehemaligen Politikern des demokratischen Parteienspektrums der Weimarer Republik gelitten hatten.¹⁴ Viele Politiker und Gewerkschafter aus SPD, Zentrum und liberalen Parteien zahlten ihren Widerstand gegen den Nationalsozialismus mit dem Tod. Allerdings bleiben auch nach 1945 Ressentiments gegenüber dem Christentum und der christlich-sozialen und -demokratischen Bewegung in Teilen des sozialistischen und sozialdemokratischen Spektrums weiterhin bestehen.

Wichtigste Basis für die Gründung der Einheitsgewerkschaft nach dem Zweiten Weltkrieg war die sogenannte Charta des „Führerkreises der Verei-

chen Gewerkschaften beendet; vgl. Oswald von NELL-BREUNING, *Der deutsche Gewerkschaftsstreit um die Jahrhundertwende*, in: Peter von OERTZEN (Hg.), *Festschrift für Otto Brenner*, Frankfurt am Main 1967, S. 19–32.

12 In der Enzyklika *Rerum novarum* Papst Leos XIII. (1891), heißt es in Nr. 15: „So wenig das Kapital ohne die Arbeit, so wenig kann die Arbeit ohne das Kapital bestehen.“ (*Texte zur katholischen Soziallehre*. Mit einer Einführung von Oswald von NELL-BREUNING, hg. von der KAB Deutschlands, Kevelaer 1977, S. 41).

13 Vgl. Enzyklika *Quadragesimo anno* Papst Pius' XI (1931), Nr. 111ff., in: EBD S. 131ff.

14 Zur Geschichte der Sozialausschüsse und der Bedeutung der christlichen Gewerkschafter bei der Gründung der CDU und der Einheitsgewerkschaft vgl. Rudolf UERTZ, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949*, Stuttgart 1980.

nigten Gewerkschaften“ vom 28. April 1933. In ihr wurde – noch kurz vor der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten im Mai 1933 – „die Absicht (bekundet), die bestehenden Spitzen- und Berufsverbände mit dem Ziel der Umformung und Vereinheitlichung zusammenzuschließen“.¹⁵ Die Idee der Einheitsgewerkschaft war also schon in der Zwischenkriegszeit unter den Mitgliedern der Richtungsgewerkschaften lebendig. Zu erinnern ist hier an einen Aufruf von Wilhelm Elfes 1926.¹⁶

Unterzeichner der Charta des sog. „Führerkreises“ vom April 1933 waren für den sozialdemokratischen ADGB: Theodor Leipart, Peter Graßmann, Wilhelm Leuschner und Franz Spliedt, für die christlichen Gewerkschafter im DGB: Fritz Baltrusch, Franz Behrens, Jakob Kaiser, Bernhard Otte, Theodor Brauer und Adam Stegerwald und für die national-liberalen Hirsch-Duncker-schen Gewerkvereine Ernst Lemmer. Diese Charta des Führerkreises als das grundlegende Motiv für die Gründung der Einheitsgewerkschaft wurde überdies von den westlichen Besatzungsmächten nach 1945 favorisiert. Die Entscheidung zugunsten einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung hat demnach einen historisch-normativen als auch einen politisch-praktischen Grund.

Schon bei der Gründung des DGB der britischen Zone 1947 in Bielefeld zeigten sich sozialdemokratische und christlich-soziale Gewerkschafter bemüht, Verständnis für die jeweilige Gegenseite und die besondere Herausforderung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung aufzubringen. Hans Böckler unterstrich in seiner Rede den Willen, negativen politischen Einflüssen zu wehren und plädierte dafür, „die parteipolitische Neutralität unserer Gewerkschaften nachdrücklichst zu betonen“. Matthias Föcher forderte, entschieden der Gefahr zu begegnen, aufgrund der „zahlenmäßigen Überlegenheit der sozialdemokratischen Gewerkschaften“ die CDU-Gewerkschafter als bloße „Beitragszahler“ oder „zweitrangige Mitglieder“ anzusehen. Es widerspräche den Tatsachen, „die heutigen Gewerkschaften in irgendeiner Form als Nachfolgerin der ehemals freien Gewerkschaften aufzufassen“.¹⁷

Auf dem Gründungskongress des DGB für die Bundesrepublik Deutschland vom 12. bis 14. Oktober 1949 im Deutschen Museum in München wurden Hans Böckler (SPD) als Vorsitzender und Matthias Föcher (CDU) als Stellvertretender Vorsitzender gewählt. Dort wurden auch acht hauptamtliche Vorstandsmitglieder sowie die Vorsitzenden der 16 (heute acht) Einzelgewerkschaften gewählt, die rund fünf Millionen Mitglieder vertraten. Hans Böckler galt den CDU-Gewerkschaftern als wichtigster Garant der Einhaltung des

15 Themen, hg. von der Stiftung für Christlich-Soziale Politik 1 (1996), S. 135f.

16 Vgl. Albert ESSER, *Wilhelm Elfes 1884–1969. Arbeiterführer und Politiker*, Mainz 1990.

17 Zitiert nach: *Themen. Beilage zur Sozialen Ordnung* 44 (1985), S. XXXVI.

Neutralitätsprinzips und der kollegialen Zusammenarbeit von sozialistischen, christlichen und liberalen Gewerkschaftern.¹⁸

Es waren von Seiten der Christlich-Sozialen in der Britischen Zone neben Matthias Föcher¹⁹ in erster Linie Johannes Albers,²⁰ Bernhard Deutz, Karl Arnold²¹ und in Berlin und der sowjetischen Besatzungszone Jakob Kaiser (Jakob Kaiser und Ernst Lemmer bis 1947 bzw. 1949 bis zum erzwungenen Ausscheiden aus dem FDGB durch die Sowjetische Militäradministration),²² die sich um den Gedanken der Einheitsgewerkschaft und die Gründung des DGB besonders verdient gemacht haben und dieses Konzept in den Reihen der CDA und der CDU förderten.²³ Der bekannteste und einflussreichste christliche Gewerkschafter nach 1945 war zweifellos Jakob Kaiser. Aber auch er strebte wie viele seiner Kollegen trotz entschiedenen Engagements für die Einheitsgewerkschaft im DGB kein Mandat an, sondern entschied sich für Partei- und Ministerämter in der Bundesrepublik – eine Entscheidung, wie sie auch Theodor Blank, Anton Storch, Karl Arnold und andere christliche Gewerkschafter trafen und die später dafür verantwortlich gemacht wurde, dass die CDA nicht durch ihre stärksten und markantesten Vertreter im DGB repräsentiert wurde.

Mit der Schaffung der auch von den christlichen Gewerkschaftern aktiv geförderten interkonfessionellen Volksparteien CDU und CSU²⁴ und der Gründung der Einheitsgewerkschaft waren die christlichen Gewerkschafter als homogene Gruppe buchstäblich „heimatlos“ geworden.²⁵ Gemäß einer Emp-

18 Vgl. Bernhard FORSTER, *Christliche Gewerkschaften*, in: BECKER (wie Anm. 7), S. 470–473.

19 Vgl. Klaus MERTSCHING, *Matthias Föcher: Ein christlicher Gewerkschafter in der Einheitsgewerkschaft*, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 35 (2006), S. 75–84.

20 Winfried HERBERS, *Johannes Albers (1890–1963)*, in: Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg i. Br. 2004, S. 72–80.

21 Rudolf UERTZ, *Karl Arnold (1901–1958)*, in: Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (wie Anm. 20), S. 81–89.

22 Vgl. Erich KOSTHORST, *Jakob Kaiser. Der Arbeiterführer*, Stuttgart 1967; Tilman MAYER (Hg.), *Jakob Kaiser. Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl*, Köln 1988.

23 Vgl. Rudolf UERTZ, *Christliche Arbeiterbewegung, Christlicher Sozialismus*, in: BECKER (wie Anm. 7), S. 469f., 477f.; zum Aufbau der Einheitsgewerkschaft vgl. Hans LIMMER, *Die deutsche Gewerkschaftsbewegung*, München 1966, S. 74f.

24 Der interkonfessionelle Gedanke der Unionsparteien war nicht zuletzt durch die christlichen Gewerkschafter gefördert worden, die die Interkonfessionalität unter Verweis auf die christliche Gewerkschaftstradition auch für die christlich-demokratische Partei forderten (vgl. die Rede von Adam Stegerwald auf dem X. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands am 21. November 1920 in Essen, in: Adam STEGERWALD, *Deutsche Lebensfragen*, Berlin 1921, S. 57ff.).

25 Bezeichnender Weise war die zentrale Bildungsstätte der christlichen Gewerkschafter, „Unser Haus“ in Königswinter – nachdem es die Nationalsozialisten in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) überführt hatten –, dann zuerst in den Besitz des DGB übergegangen; Heinrich Böckler hat das „Adam-Stegerwald-Haus“, wie es bei der Feier zur Wiedereröff-

fehlung von Adam Stegerwald im Herbst 1945 in Walberberg bei Köln schlossen sich daher die ehemaligen christlichen Gewerkschafter in den Sozialausschüssen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft zusammen, deren Aufbau Johannes Albers mit einem Rundschreiben vom 14. Dezember 1945 an die ehemaligen Gewerkschaftskollegen aus dem Rheinland, Westfalen und anderen Hochburgen der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft initiiert hatte. Die CDA wurde gegründet als neue „Plattform“, um die christlich-sozialen Vorstellungen der Arbeits-, Gesellschafts- und Gewerkschaftspolitik in der Einheitsgewerkschaft, den Parteien, im Parlament und in den Betrieben wirksam zur Geltung zu bringen.²⁶

Die CDA und die Christlich-Sozialen stehen in der Tradition der christlichen, vor allem der katholischen Sozialbewegung, die in den 1830er Jahren mit der Gründung karitativer, sozialer Verbände und Arbeitervereine und dem sozialpolitischen und sozialetischen Engagement katholischer Geistlicher und Laien ihren Anfang nahm. Bedeutende katholische Sozialreformer waren Franz Baader, Franz Joseph Buß, Pfarrer Adolf Kolping und Bischof Wilhelm von Ketteler, die – teilweise schon vor dem Kommunistischen Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels (1848) – auf die Soziale und Arbeiterfrage verwiesen und die Bildung von Arbeiterassoziationen forderten. Selbstredend hatten auch die evangelischen Sozialethiker (Johann Hinrich Wichern, Adolf Stoecker u. a.) sowie die seit 1882 gegründeten evangelischen Arbeitervereine Anteil an der christlichen Gewerkschaftsbewegung; aber die evangelischen Mitglieder waren in dieser wesentlich schwächer vertreten. Außerdem waren ihre Arbeitervereine sehr konfessionsbewusst und anders als die katholischen Gewerkschafter eher Arbeitgeberpositionen zugeneigt. Der auf interkonfessioneller Basis beruhende Zusammenschluss der lokal gegründeten christlichen Arbeitervereine zum Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands erfolgte im Jahre 1899. Seit November 1919 firmierten diese unter dem Namen Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB).²⁷ Mit Heinrich Brüning, Adam Stegerwald und Pfarrer Heinrich Brauns waren christliche Gewerkschafter in hohe Ämter der Zentrumspartei und der Reichsregierung gelangt.²⁸

nung im Herbst 1948 hieß, in einer Abmachung mit Jakob Kaiser den 1946 gegründeten Sozialausschüssen übergeben.

26 Vgl. Uwe SCHUMMER/Rudolf UERTZ, *Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA)*, in: BECKER (wie Anm. 7), S. 445f.

27 Vgl. Michael SCHNEIDER, *Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933*, Bonn 1982; DERS., *Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute*, Bonn 2000.

28 Bedeutende praktische und theoretische Stützen der christlichen Gewerkschaften waren die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Theodor Brauer (1880–1942) und Götz Briefs (1889–1974). Beide gehörten zusammen mit dem Bildungsleiter des Volksvereins für das katholische Deutschland in Mönchengladbach, Heinrich Rommen, Gustav Gundlach und

Schon früh zeigten sich die vielfältigen Facetten des Spannungsverhältnisses, in dem die Christlich-Sozialen nach 1945 im DGB stehen. Diese wirken einerseits auf die Sozial-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der CDU und CSU ein, wobei die Arbeitnehmerinteressen oft mit den Zielen der Vertreter der Mittelstandsvereinigung und des Wirtschaftsflügels in Konflikt gerieten. Andererseits sind die christlich-sozialen Gewerkschafter in die Interessensphäre und Willensbildung der DGB-Gewerkschaften eingebunden, in denen sie allerdings eine Minderheit darstellen.

Die christlichen Gewerkschafter haben von Beginn der Einheitsgewerkschaft an immer wieder deren parteipolitische Neutralität angemahnt und Verstöße dagegen kritisiert. Auf der anderen Seite haben die Sozialausschüsse als „soziales Gewissen“ der Union insbesondere gegenüber dem Wirtschaftsflügel die Arbeitnehmerinteressen und eine marktconforme Weiterentwicklung der Sozialgesetzgebung und von Sozialleistungen eingefordert. Gespeist waren diese Forderungen vor allem aus Konzepten der christlichen Soziallehre.²⁹

Eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang das Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU der britischen Zone vom 1. bis 3. Februar 1947. Das Manifest ist – auch wenn es ohne die Zustimmung Konrad Adenauers, der im Landtag von Nordrhein-Westfalen seinerzeit Vorsitzender der CDU-Fraktion war, nicht zustande gekommen wäre – zweifellos das Programm des Gewerkschaftsflügels. In Ahlen hatte die CDU 1947 noch gemeinwirtschaftliche Positionen, überregionale Wirtschaftsräte sowie Planungs- und Lenkungsansätze vertreten.³⁰

Diese Forderungen aus dem Arsenal der christlich-sozialen Bewegung ähneln dem Programm der SPD-Gewerkschafter, nämlich den Grundsätzen der „Wirtschaftsdemokratie“ (1928) wie sie Fritz Naphtali und andere sozialdemokratische Wirtschaftswissenschaftler vertraten. So enthalten die *Politischen Leitsätze der SPD* von 1946 im wirtschafts- und sozialpolitischen Teil ganz

Oswald von Nell-Breuning sowie Paul Jostock, Franz H. Mueller u. a. zum *Königswinterer Kreis*, einer Vereinigung katholischer Sozialethiker und Sozialwissenschaftler, die im Haus der christlichen Gewerkschaften in Königswinter, „Unser Haus“, 1930/31 das gesellschaftspolitische Konzept für den politischen und sozialen Katholizismus in Deutschland vorbereitete. Wesentliche Grundsätze des Kreises wurden in die Enzyklika *Quadragesimo anno* (1931) aufgenommen; vgl. Oswald von NELL-BREUNING, *Der Königswinterer Kreis und sein Anteil an „Quadragesimo anno“*, in: DERS., *Wie sozial ist die Kirche? Leistung und Versagen der katholischen Soziallehre*, Düsseldorf 1972, S. 99–115.

29 Vgl. Bruno DÖRPINGHAUS/Kurt WITT, *Politisches Jahrbuch der CDU/CSU. 1. Jahrgang 1950*, Frankfurt/M. (1950), S. 67–73.

30 Vgl. Rudolf UERTZ, *Das Ahlener Programm. Die Zonenausschufungstagung der CDU der britischen Zone und ihre Vorbereitungen*, in: *Die Politische Meinung* 1 (2007) 446, S. 47–52.

ähnliche Forderungen wie das Ahlener Programm von 1947.³¹ Es ist nicht zu übersehen, dass christliche Gewerkschafter der Zentrumspartei sowie sozialdemokratische Gewerkschafter und Politiker 1919 in der Nationalversammlung ihre Zustimmung zum berühmten Räteartikel der Weimarer Reichsverfassung von 1919 (Art. 165 WRV) gaben. Er ist dort ergänzt durch die Garantie der Koalitionsfreiheit (Art. 159), den Schutz der Arbeitskraft (Art. 157), die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte (Art. 160), die Schaffung eines umfassenden Sozialversicherungswesens (Art. 161), aber auch die Förderung des selbständigen Mittelstandes (Art. 164).³² Es gab also durchaus auch etliche wirtschafts- und sozialprogrammatische Grundsätze, die das Zusammengehen von Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten in der Einheitsgewerkschaft förderten.

Mit der Entscheidung der CDU und CSU für die Soziale Marktwirtschaft 1948 im Frankfurter Wirtschaftsrat und der Aufnahme dieses Wirtschafts- und Sozialprogramms in die Düsseldorfer Leitsätze der CDU und CSU vom Juni 1949, das auch die führenden CDA-Vertreter im Wirtschaftsrat, die Gewerkschafter Theodor Blank und Jakob Kaiser, guthießen, hatte sich die Union grundsätzlich für die freie Wettbewerbsordnung ausgesprochen. Diese gab wesentliche Impulse für den wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik frei („Deutsches Wirtschaftswunder“). Dennoch hielten Teile der DGB-Gewerkschafter und die SPD auch nach 1949 weiterhin an Forderungen nach staatlicher Lenkung und Sozialisierung der Großindustrie fest. Die bisweilen klassenkämpferischen Parolen von DGB-Gewerkschaftern führten wiederholt zu öffentlichen Kontroversen zwischen SPD und CDU.

Besonders heftiger Kritik waren die christlich-sozialen Gewerkschafter wegen ihres wirtschaftspolitischen Schwenks vom Ahlener Programm zum Programm der Sozialen Marktwirtschaft in den Düsseldorfer Leitsätzen (1949) von Seiten der IG-Metall ausgesetzt. Diese Industriegewerkschaft ließ noch bis in die 1960er Jahren für ihre Bildungsveranstaltungen das Ahlener Programm der CDU nachdrucken, um den Gewerkschaftsmitgliedern, vor allem den sozialdemokratischen und sozialistischen unter ihnen, den Kurswechsel der christlich-sozialen Kräfte zu demonstrieren.

31 Vgl. *Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm der CDU der britischen Zone (1947)* und *Politische Leitsätze der SPD (1946)*, in: Rainer KUNZ/Herbert MAIER/Theo STAMMEN (Hg.), *Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, 2 Bde., 3. Aufl., München 1979, Bd. 1, S. 69–72; Bd. 2, S. 291–296; zum Konzept korporatistischer Wirtschaftsordnung vgl. Fritz NAPHTALI, *Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel*, Berlin 1928; Ulrich von ALEMANN, *Korporatismus*, in: Wolfgang W. MICKEL (Hg.), *Handlexikon zur Politikwissenschaft*, Bonn 1986, S. 265–267.

32 Vgl. Sigrid VESTRING, *Die Mehrheitssozialdemokratie und die Entstehung der Reichsverfassung von Weimar 1918/19*, Münster 1987, S. 231.

Schon bald nach Gründung der Einheitsgewerkschaft wuchs das Unbehagen christlich-sozialer Gewerkschafter an den einseitigen publizistischen und parteipolitischen Stellungnahmen des DGB zugunsten der SPD. So hatte z. B. der DGB 1951 mit Streik gedroht, um seine Position in der Frage der Montanmitbestimmung durchsetzen zu können. Ein Streik hätte den wirtschaftlichen Aufbau gefährdet und den sozialen Frieden in der Bundesrepublik nachhaltig gestört und möglicher Weise die gerade auflebenden positiven wirtschaftlichen Entwicklungen wieder zunichte gemacht. Die Frage, wie den christlich-sozialen Positionen im DGB besser Gehör verschafft werden könne, wurde kontrovers diskutiert. Eine Abspaltung der Christlich-Sozialen und die Gründung eigener Christlicher Gewerkschaften wurden jedoch im christlich-demokratischen und -sozialen Lager einhellig abgelehnt.

Anstelle gesamtwirtschaftlicher Körperschaften mit Lenkungsfunktionen (überbetriebliche Mitbestimmung, kollektives Arbeitsrecht u. a.) konzentrierte sich der DGB verstärkt auf das Konzept der innerbetrieblichen Mitbestimmung. Auch in der katholischen und evangelischen Arbeiterschaft fand diese Idee lebhaftes Interesse, so auf dem Bochumer Katholikentag 1949 und dem Evangelischer Kirchentag 1950.³³

Konrad Adenauer und Hans Böckler gelang es, in dieser heiß umstrittenen Frage der Mitbestimmung Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einem Konsens zu bewegen und die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie einzuführen; zum wirtschaftlichen Aufschwung haben schließlich die Gewerkschaften auch durch ihre maßvolle Lohnpolitik in den 1950er und frühen 1960er Jahre beigetragen. Allerdings gingen dem DGB und manchen Einzelgewerkschaften die Regeln des Montan-Mitbestimmungsgesetzes, das im Juni 1951 in Kraft trat, nicht weit genug. Hans Böckler hat dessen Verabschiedung durch den Deutschen Bundestag nicht mehr erlebt; er verstarb am 16. Februar 1951 in Köln.

Wie sehr jedoch die Ordnungskonzeption der Sozialen Marktwirtschaft in breiten Teilen der deutschen Bevölkerung Zustimmung fand, zeigen die Reaktionen auf den DGB-Wahlauf Ruf für den Deutschen Bundestag 1953 mit dem Slogan „Wählt einen besseren Bundestag“, mit dem der DGB – jedenfalls in den Augen der Unionsparteien und großer Teile der Wählerschaft – einseitig zugunsten der SPD in den Bundestagswahlkampf eingriff. Die *Verletzung der parteipolitischen Neutralität* kritisierten neben CDU und CSU auch viele kirchliche Verbände wie die KAB, Kolping sowie die Soziale Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland. Was die Wahlkampagne des DGB be-

33 Vgl. *Gerechtigkeit schafft Frieden. 73. Deutscher Katholikentag in Bochum 1949*, hg. vom Generalsekretariat des Zentralkomitees der Deutschen Katholikentage, Paderborn 1949, S. 110–118, hier S. 114; ferner Matthias FÖCHER, *Von der Mitarbeit zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb*, in: EBD. S. 199–205.

sonders pikant machte, war im Übrigen die einseitige wirtschaftspolitische Festlegung auf planwirtschaftliche Modelle.

Will man die wichtigsten gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Positionen der Christlich-Sozialen in der Gründungs- und Konsolidierungsphase der Bundesrepublik beschreiben, so kommt man um das Phänomen des Sozialen Katholizismus und der christlichen bzw. der katholischen Soziallehre nicht herum. Daran ändert auch nicht der Umstand, dass selbstverständlich von Anfang an evangelische Christen den Sozialausschüssen und den Unionsparteien angehörten, wenngleich – das gilt besonders für das Rheinland und Westfalen – nicht in der Größenordnung wie die Katholiken. Man wird aber trotz des zahlenmäßigen Übergewichts der Katholiken in der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegung die CDA und die Unionsparteien nicht als Agentur der Römisch-Katholischen Kirche sehen dürfen, wie dies etwa der Evangelische Kirchenpräsident, Martin Niemöller, 1949 im „Wiesbadener Kurier“ getan hat. Niemöller war der Ansicht, der westdeutsche Staat sei ein vom Katholizismus geprägtes „Kind, das im Vatikan gezeugt und in Washington geboren wurde“.³⁴

Solche Polemiken gehörten in den 1950er und 1960er Jahren zur politischen Agitation der Parteien und sozialen Verbände. Für die Christlich-Sozialen jedenfalls gilt: Sie standen als Christen und sozial engagierte Gewerkschafter und Politiker ganz selbstverständlich auf dem Boden der katholischen Soziallehre. Diese hatte – wenngleich nicht in enger kirchenamtlicher Auslegung – vor allem in den ersten zwei bis drei Jahrzehnten nach dem Kriege eine besondere programmatische Bedeutung für die CDA und die Unionsparteien insgesamt, nicht zuletzt auch bezüglich der anthropologischen und sozial-ethischen Begründungen von Staat, Verfassung, Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur.³⁵

Besondere Unterstützung erfuhr der politische und soziale Katholizismus³⁶ bis Anfang der 1950er Jahre vor allem von den Dominikanern in Walberberg, die führend am ersten Programm der CDU nach 1945, den Kölner Leitsätzen vom Juni 1945, beteiligt waren, in dessen sozial-, arbeits- und gewerkschaftspolitischer Tradition auch das Ahlener Programm stand. Nachhaltiger und intensiver jedoch war die Unterstützung durch die Jesuiten an ihrer Hochschule

34 „Wiesbadener Kurier“ vom 16.12.1949.

35 UERTZ, *Christentum und Sozialismus* (wie Anm. 14), S. 27–40, S. 89–97.

36 Vgl. Anton RAUSCHER (Hg.), *Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803–1963*, 2. Bde., München 1982; ferner: Franz STEGMANN, *Geschichte der sozialen Ideen im Deutschen Katholizismus*, in: Helga GREBING (Hg.), *Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland*, München 1969, S. 325–560; Günther RÜTHER (Hg.), *Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland. Grundlagen, Unterrichtsmodelle, Quellen und Arbeitshilfen für die politische Bildung*, 3. Aufl., Bonn 1989.

in Frankfurt, Sankt Georgen. Insbesondere Oswald von Nell-Breuning ist hier zu nennen; als Sozialwissenschaftler, Publizist, Sozialethiker und als Berater des DGB, der IG Metall (deren Mitglied er war), verschiedener Bundesministerien und des deutschen Katholizismus hatte er beträchtliche Bedeutung für die Christlich-Sozialen wie auch für den Gewerkschaftskurs des DGB insgesamt. In der Auseinandersetzung um den ordnungspolitischen Kurs des DGB und einzelner Industriegewerkschaften wirkte er klärend, wie dies vor allem in seiner Kontroverse mit dem Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Institut des DGB (WWI), Viktor Agartz, deutlich wurde.³⁷ Außerdem sind von Seiten des Jesuitenordens zu nennen Hermann-Josef Wallraff, Johannes Hirschmann sowie Franz Prinz und Herbert Reichel.

Pater Reichels Engagement für die Einheitsgewerkschaft wurde zwar von Oswald von Nell-Breuning, Hermann-Josef Wallraff und anderen Ordensbrüdern gefördert, doch muss Reichels gewerkschaftlich-politische Arbeit gesondert betrachtet werden. Im Jahre 1951 hatte er über das Thema Einheitsgewerkschaft promoviert,³⁸ von 1952/53 bis 1960 war er für die Christlich-Soziale Kollegenschaft im DGB publizistisch und beratend tätig. Ihr Sprachrohr waren die „Gesellschaftspolitischen Kommentare“.³⁹ Die Gründung der Christlich-Sozialen Kollegenschaft im DGB und in den DGB-Gewerkschaften als loser Zusammenschluss von DGB-Gewerkschaftern in der CDA wurde nicht zuletzt durch den Aufruf des DGB 1953 „Wählt einen besseren Bundestag“ befördert. Schon zuvor empfanden viele Christlich-Soziale die Publikationstätigkeit und die parteipolitische Orientierung des DGB als zu einseitig und als Affront gegen die Idee der Einheitsgewerkschaft. Eine Abspaltung wie auch Versuche parteipolitischer Einflussnahme auf DGB-Positionen durch die Sozialausschüsse der CDA lehnten sie ab. Die Kollegenschaft verstand sich als lockerer Zusammenschluss – ohne parteipolitische wie auch ohne kirchliche Bindungen. Zu den Sozialausschüssen bestanden immer wieder Spannungen. Bei einer Versammlung am 8. und 9. Oktober 1960 in Mehlem bei Bonn erklärte die Mehrheit des Zentralausschusses der Christlich-Sozialen Kollegenschaft die Einheitsgewerkschaft als gescheitert und gab ihre DGB-Orientierung auf.

Mit den gleichen Argumenten hatten sich bereits 1955 die beiden CDU-Abgeordneten Johannes Even und Bernhard Winkelheide vom DGB getrennt und

37 Vgl. SCHROEDER, *Katholizismus und Einheitsgewerkschaft* (wie Anm. 5), S. 169–173.

38 Herbert REICHEL, *Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung und die christliche Soziallehre. Eine gesellschaftspolitische Untersuchung*. Diss. Mainz 1951; die Arbeit erschien in der Schriftenreihe der KAB auch unter dem Titel: *Die deutsche Einheitsgewerkschaft und ihr geistiger Standort*, Köln 1952.

39 Zur Sozial- und Gewerkschaftsprogrammatik der Gesellschaftspolitischen Kommentare vgl. *Christlich-soziale Kollegenschaft im DGB und in den DGB-Gewerkschaften. Werden – Selbstverständnis – Wollen*, in: Gesellschaftspolitischen Kommentare I (1960).

die Christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands (CGD) gegründet, die sich 1959 in Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGD) umbenannte. Aber das Gros der Christlich-Sozialen Gewerkschafter verblieb im DGB – sehr zur Enttäuschung von Teilen der deutschen Bischöfe, die die Neugründung der Christlichen Gewerkschaften offiziell befürworteten. Aber auch Oswald von Nell-Breuning und andere Sozialethiker hielten an der Einheitsgewerkschaft fest. Im Jahre 1966 schlossen sich die Verbände der Gewerkschaft Christlicher Bergbau- und Energiearbeiter an der Saar der DGB-Gewerkschaft IG Bau und Energie an.⁴⁰ Von 1959 an bildeten sich Arbeitsgemeinschaften christlich-demokratischer DGB-Gewerkschafter in den Sozialausschüssen; sie fungieren als Zusammenschlüsse von Gewerkschaftern, die sowohl der CDA, als auch dem DGB verbunden sind und von führenden Mitgliedern des DGB-Vorstandes geleitet werden.

Die Entwicklung der Christlich-Sozialen und ihre Bedeutung für den DGB und die weitere Entwicklung der Gewerkschaften und des Wirtschafts- und Soziallebens der Bundesrepublik beschreibt Wolfgang Schroeder in seiner Arbeit von 1992 als „Niedergang des Sozialkatholizismus“. Man wird die gesellschaftlichen Veränderungen, die bereits in den späten 1950er Jahren erkennbar sind, vor allem unter dem Aspekt einer zunehmenden Individualisierung und Säkularisierung deuten können, die nicht zuletzt Folge und Ausdruck steigenden Wohlstands sowie veränderter Verhaltensweisen und Wertpräferenzen großer Teile der Bevölkerung sind. Die Öffnung und Auflösung der herkömmlichen Milieus betrafen aber nicht nur die noch stärker kirchlich geprägten Milieus des Katholizismus und des Protestantismus; sie betrafen nicht minder stark auch die klassischen Arbeitermilieus sozialdemokratischer Prägung. Die Erosionserscheinungen, die Schroeder für den sozialen Katholizismus im Umfeld des DGB und der Einzelgewerkschaften diagnostiziert, gelten also nicht weniger auch für die sozialdemokratischen Arbeitnehmer im DGB und in dessen Umfeld.

Im Kontext gravierender Umbrüche in Gesellschaft, Kultur, Kirche und Politik stehen denn auch die Veränderungen, die die katholische Sozialethik seit Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre betreffen. Seit der Soziallehre Johannes' XXIII. (1958–1963) – zu nennen sind hier insbesondere seine Enzykliken *Mater et magistra* und *Pacem in terris* – und den Beschlüssen des II. Vatikanischen Konzils (1962–1965) – werden in der katholischen Sozialethik stärker die *Person* sowie die Gesichtspunkte ihrer Verantwortung und ihrer sozialen und politischen Bedingungen ins Zentrum gerückt. Die katholische Sozialethik gewann damit zunehmend auch für die Sozialdemokratie an Interesse. Die SPD sieht seit dem Godesberger Grundsatzprogramm von 1959 die Grundlagen des demokratischen Sozialismus von den Wertgrundlagen der

40 Vgl. LIMMER, *Gewerkschaftsbewegung* (wie Anm. 23), S. 106.

christliche Ethik, der klassischen Philosophie und des Humanismus geprägt und anerkennt entsprechend auch die marktwirtschaftliche Ordnung – eine Um- und Neuorientierung des demokratischen Sozialismus, der auch für die Sozialdemokraten im DGB nicht ohne Folgen blieb. Nell-Breuning sieht im gesellschaftspolitischen Teil des Godesberger Programms „nicht mehr und nicht weniger als ein kurzgefasstes Repetitorium der katholischen Soziallehre“.⁴¹ Der Sozialethiker Nell-Breuning war in die Programmberatungen der Grundsatzkommission einbezogen und hatte Anteil an der Annäherung der SPD an die christliche Ethik. Erstmals hatten Nell-Breuning und sein Ordensbruder Gustav Gundlach im Jahre 1958 öffentlich mit Sozialdemokratischen Vertretern in der Katholischen Akademie in München diskutiert und Annäherungsmöglichkeiten von Sozialdemokratie und christlicher Sozialethik ausgetestet.⁴²

Aber die Umbrüche im Katholizismus und im kirchlichen Verbandswesen, zu denen auch die Neuorientierung der katholischen Theologie und Ethik zählt, wird man wohl kaum als „Niedergang des Sozialkatholizismus“ deuten können, wie dies Wolfgang Schroeder als Fazit seiner Untersuchungen sieht. Die Neuerungen in Theologie und Kirche (stärkere Betonung der personalen und Verantwortungsethik u. a.), die zweifellos auch das Verhältnis von Christlich-Sozialen und DGB sowie die Rolle des Katholizismus im politischen und gesellschaftlichen Gefüge der Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren betreffen, lassen sich aber kaum zutreffend beschreiben, ohne zugleich auch die gravierenden Veränderungen von Verhaltensweisen, Gewohnheiten, Traditionen und Werten in der gesamten Gesellschaft zu berücksichtigen.

Diese Veränderungen betreffen jedoch die Einzelnen, die Familien, Schulen, Universitäten, Bildungseinrichtungen nicht minder als auch die tragenden gesellschaftlichen und politischen Institutionen wie die Verbände, Interessengruppen, Parteien und Gewerkschaften. Die Folgerungen, die Schroeder am Schluss seiner Untersuchung zieht, sind allzu selektiv, zumal er die Schwächung des christlich-sozialen Bereichs ohne tiefere Begründung pauschal der Sozialdemokratie und den SPD-Gewerkschaftern gutschreiben möchte.⁴³ Dass der demokratische Sozialismus aber seit 1959 mit seinen Rekursen auf die christliche Ethik und die Soziale Marktwirtschaft Positionen bezieht, die er bis dahin strikt vermieden hat, wird hierbei ignoriert. Die Geschichtsschreibung

41 Vgl. Oswald von NELL-BREUNING, (wie Anm. 28), S. 95.

42 Vgl. Rudolf UERTZ, *Annäherungen: Christliche Soziallehre und SPD*, in: HPM 13 (2006), S. 93–120.

43 Vgl. Regina GÖRNER, *Die CDA im Spannungsfeld von Parteipolitik und Gewerkschaften*, in: *50 Jahre Politik der CDA*, Königswinter 1996; Manfred WILKE, *Einheitsgewerkschaft zwischen Demokratie und antifaschistischem Bündnis. Die Diskussion über die Einheitsgewerkschaft im DGB seit 1971* (Forschungsbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, 46), Melle 1985.

der Christlich-Sozialen in CDA und DGB und die Darstellung der Christlichen Sozialethik im politischen, gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Bereich bedürfen daher noch wichtiger Korrekturen und Ergänzungen.